

WARUM DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT?

Die Wege in die Arbeitswelt müssen so gestaltet werden, dass sich allen Jugendlichen gute Zukunftsperspektiven eröffnen.

Soziale Folgeprobleme vermeiden

Immer mehr Städte und Landkreise nehmen diese Herausforderung an. Sie wissen, dass misslingende berufliche Integration soziale Folgeprobleme hat, die vor allem die Lebensqualität in den Kommunen negativ treffen.

Zukunftspotenziale fördern

Die Entscheidungsträger in den Kommunen wissen auch, dass gut gebildete, selbstbewusste und aktive junge Menschen ein zentrales Potenzial für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunft der Städte und Landkreise sind – gerade auch angesichts der erwartbaren demografischen Entwicklungen.

Lokale Verantwortung für Bildung

Städte und Landkreise sind für die Übernahme lokaler Verantwortung bisher unzureichend ausgestattet. Sie brauchen Anerkennung und vernünftige Rahmenbedingungen für die wachsenden Aufgaben lokaler Bildungspolitik.

Anwaltschaft

Die Arbeitsgemeinschaft versteht sich als Anwaltschaft für die Übernahme von gemeinsamer kommunalpolitischer und bürgerschaftlicher Verantwortung und für Kommunale Koordinierung im Übergang Schule-Arbeitswelt. Sie vertritt dies gegenüber (Fach-)Öffentlichkeit und Politik. Sie stärkt die Mitarbeitenden Städte und Kreise zugleich durch Erfahrungsaustausch, Beratung und Berichterstattung.



DIE „WEINHEIMER ERKLÄRUNG“:

Orientierung für die Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“ gibt die „Weinheimer Erklärung“ (www.freudenbergstiftung.de).

Übergänge bleiben schwierig

Ausgangspunkt war und ist: Die Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt sind komplizierter und für viele Jugendliche schwieriger geworden. „Königswege“ für eine gesicherte berufliche Perspektive gibt es nicht (mehr). Eine Belebung am Arbeitsmarkt mildert die gravierenden Probleme der letzten Jahre, löst sie aber nicht.

Die zentralen Punkte der „Weinheimer Erklärung“:

- „Städte, Gemeinden und Kreise müssen der beruflichen und sozialen Integration Jugendlicher oberste Priorität einräumen.“
- „Die Koordinierung der beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen muss kontinuierliche und regelmäßige Aufgabe sein. (...) Den Schulen wächst hierbei eine Schlüsselstellung zu.“
- Alle Partner des „Übergangs“ vor Ort „sollen sich verbindlich in die Kommunale Koordinierung einordnen.“
- „Bürgerschaftliche Lokale Verantwortungs-Gemeinschaften sind Basis und unverzichtbarer Partner Kommunalen Koordinierung.“
- „Kommunale Koordinierung muss zur Regel werden.“
- „Zentrale Zukunftsaufgabe aller ist die tiefgreifende Verbesserung der kompetenzbildenden, sozialen und integrativen Qualität aller Übergangswege.“

WAS KANN MITARBEIT BRINGEN?

Die zentrale Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft ist die Anwaltschaft für lokale Verantwortung und Kommunale Koordinierung und die ständige Verbesserung der Praxis „vor Ort“.

Die Anwaltschaft zielt darauf ab, dass

- mehr öffentliche und politische Aufmerksamkeit und Anerkennung entsteht,
- Bildung als zentraler Standort- und Zukunftsfaktor sicherbarer wird,
- sich die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln im Feld von Übergang und Bildung verbessern.

Nutzen hat dies für alle Städte und Kreise, die sich auf dem Weg der lokalen Verantwortung befinden – je mehr ihre Stimme gemeinsam zur Geltung bringen, desto wirksamer wird die Anwaltschaft. Wie? Durch die Öffentliche Erklärung und ihre weitere Verbreitung, Auftritte in Veranstaltungen, Gespräche mit Verwaltungen, Politik und Verbänden, Vorschläge für die Gestaltung von Förderprogrammen des Bundes und der Länder, Veröffentlichungen und Dokumentationen mit guter Verbreitung, das Jahresforum ...

Die Arbeitsgemeinschaft will zugleich eine ständige Verbesserung der Praxis „vor Ort“ erreichen – als Dienstleistung für die unterzeichnenden Städte und Landkreise. Wie? Durch praxisbezogene Workshops, Start-Beratungen „vor Ort“, Patenschaften und kommunale Tandems, ein Archiv zu „Methoden und Instrumenten Kommunaler Koordinierung“, einen „Expert/innen-Pool“ ...

Der größte Vorteil der Arbeitsgemeinschaft ist dabei ihre gemischte Zusammensetzung: Städte und Kreise „auf dem Weg“, Stiftungen, Expert/innen aus Kommunen, Akteure des Übergangs und aus Forschung und Beratung ...

„Wir laden Sie herzlich ein, unsere Initiative durch Ihre Unterschrift unter die „Weinheimer Erklärung“, Ihre Förderung und Ihre Mitarbeit zu stärken.“

Waltraud Bonekamp

Waltraud Bonekamp
Stadtträtin für Schule, Jugend und Familie in Dortmund
Sprecherin der „Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative“

DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT AKTUELL:

Arbeitsgemeinschaft:

Ihr gehören Städte und Landkreise, Stiftungen, Expertinnen und Experten an. Sie versteht sich als Anwaltin für gemeinsame kommunalpolitische und bürgerschaftliche Verantwortungsübernahme und für kommunale Koordinierung im Übergang Schule-Arbeitswelt.
Grundlage ist die Weinheimer Erklärung 2007.

Aktuell:

Über 90 Beteiligte, davon 18 Städte und Landkreise (Stand: 10/2008).

Finanzierung:

Die laufenden Aktivitäten werden aus Beiträgen der Unterzeichner – in erster Linie der Städte und Kreise und der Freudenberg Stiftung – finanziert.

Arbeitsweise:

Die Arbeitsgemeinschaft wird über die jährliche UnterzeichnerInnen-Versammlung gebildet.
Ihre laufende Vertretung nimmt eine Steuergruppe wahr, aus ihrer Mitte wird eine Sprecher-Gruppe gebildet.

Sprecherin:

Stadtträtin Waltraud Bonekamp, Dortmund

SprecherInnen-Gruppe:

Stadtträtin Anne Janz (Kassel)
Oberbürgermeister Stefan Skora (Hoyerswerda)
Oberbürgermeister Heiner Bernhard (Weinheim)
Christian Petry (Freudenberg Stiftung)
Dr. Wilfried Kruse (sfs Dortmund, Koordinator)

ARNSBERG+BERNSDORF+DORTMUND+ELSTERW
ERDA+HEDDESHEIM+HERTEN+HIRSCHBERG+HO
YERSWERDA+KASSEL+KREISOFFENBACH+MANN
HEIM+NEUBRANDENBURG+NÜRNBERG+RODGA
U+SAMTGEMEINDEBERSENBRÜCK+SCHRIESHEIM
+STUTT GART+WEINHEIM+ARBEITSGEMEINSCHA
FT WEINHEIMER INITIATIVE + ARNSBERG + BERN
DORF+DORTMUND+ELSTERWERDA+HEDDESHE
IM+HERTEN+HIRSCHBERG+HOYERSWERDA+KA
SSEL+KREISOFFENBACH+MANNHEIM+NEUBRAN
DENBURG+NÜRNBERG+RODGAU+SAMTGEMEIN
DEBERSENBRÜCK+SCHRIESHEIM+STUTT GART+W
EINHEIM + **ARBEITSGEMEINSCHAFT WEINHEIMER
INITIATIVE**+ARNSBERG+BERNSDORF+DORTMUN
D+ELSTERWERDA+HEDDESHEIM+HERTEN+HIRS
CHBERG+HOYERSWERDA+KASSEL+KREISOFFEN
BACH+MANNHEIM+NEUBRANDENBURG+NÜRN
BERG+RODGAU+SAMTGEMEINDEBERSENBRÜCK
+SCHRIESHEIM+STUTT GART+WEINHEIM+ARBEIT
SGEMEINSCHAFT WEINHEIMER INITIATIVE + ARN
SBERG+BERNSDORF+DORTMUND+ELSTERWERD
A+HEDDESHEIM+HERTEN+HIRSCHBERG+HOYER
SWERDA+KASSEL+KREISOFFENBACH+MANNHEI
M+NEUBRANDENBURG+NÜRNBERG+RODGAU+
SAMTGEMEINDEBERSENBRÜCK+SCHRIESHEIM+S

Informationen:

www.freudenbergstiftung.de
www.weinheimer-initiative.de (ab Februar 2009)

Koordinierung der Arbeitsgemeinschaft:

Dr. Wilfried Kruse, Sozialforschungsstelle Dortmund/TU
Dortmund
E-Mail: kruse@sfs-dortmund.de
sowie info@freudenbergstiftung.de

Herausgeber

Im Namen der Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“:
Stadt Dortmund, Fachbereich Schule, Regionales Bildungsbüro

Redaktion

Waltraud Bonekamp (verantwortlich), Dr. Wilfried Kruse, Cornelia Forster,
Andrea Molkentin

Fotos

Joe Kramer, Archive der Berufskollegs
Kommunikationskonzept, Satz, Produktion, Druck
Dortmund-Agentur – 11/2008

„Jugendliche müssen erfahren
können, dass sich ihnen
Zukunftsperspektiven eröffnen!“

(Weinheimer Erklärung)



Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“

Lokale Verantwortung
für Bildung und Ausbildung

Eine Einladung
zu Unterschrift und Mitarbeit